

Redebeitrag
Haushaltsdebatten, 11.12.2018
Dok.258 Nr.1-6 – Programmdekret 2018 (II)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Ja meine Damen und Herren, mit diesem Programmdekret werden viele kleine Anpassungen vorgenommen. Wir haben es auch gehört, im Kulturbereich und in der Erwachsenenbildung ändert sich allerdings einiges.

Wir werden den meisten Artikeln zustimmen, auch größtenteils zu dem, was die Erwachsenenbildung betrifft. Wir werden uns bei einigen wenigen Artikeln enthalten und noch weniger ablehnen. Trotzdem können wir der Gesamtheit des Dokumentes nicht zustimmen und ich möchte das im Folgenden erklären. Es geht dabei um die Änderungen der Bezuschussung im Kulturbereich.

Ich möchte dazu aus meiner Rede vom November 2013, als das Kulturdekret verabschiedet wurde, kurz zitieren:

„Ein weiterer Kritikpunkt ist die Tatsache, dass dieses Dekret, in seiner jetzigen Form, mehr die Quantität als die Qualität fördert. Dies wird von einigen Organisationen begrüßt, doch wir sind der Meinung, dass dies der falsche Weg ist.

Der Leistungsgedanke und die Massenproduktion sind durch unsere Wirtschaftsform omnipräsent. Wollen wir diese nun wirklich auch noch in die Kultur hineintragen?

Hört das sich für Sie übertrieben an? Tatsache ist, dass nicht kommerzielle Kulturarbeit schwer zu finanzieren ist. Die Kulturakteure der DG werden ihre Arbeit an die Vorgaben des Dekrets ausrichten und versuchen, möglichst viele Aktivitäten zu produzieren bzw. zu veranstalten. Nur so kommen sie in den Genuss höherer Zuschüsse.“

Die Frau Ministerin hat in ihrer Replik auf die Stellungnahme der Fraktionen Folgendes geantwortet:

„Wir setzen in allen Kulturbereichen – sei es bei den professionellen Anbietern, der Amateurkunst oder beim immateriellen Kulturerbe – auf Qualität statt Quantität. Das ist auch aus den Ausführungen der einzelnen Parlamentarier sehr deutlich geworden. Das ist wirklich Dreh- und Angelpunkt der strukturellen und der punktuellen Kulturförderung.“

Fraktion im PDG V.o.G.

Tja, hätten Sie damals auf uns gehört! Wir haben genau das vorhergesagt, was die Anbieter und Produzenten uns heute sagen und zwar, dass dieses Dekret von 2013 dazu führen würde, dass mehr Quantität statt Qualität geleistet werde.

Nun begrüßen wir die Änderungen, dass man eben von diesem Konzept wegkommt und sich dahin orientiert, wo wir es von Anfang an gerne gesehen hätten, also dass man eine Grundpauschale verteilt und dann dabei nicht mehr dieses System der Zusatzpauschale, wo dann, wenn man viel produziert, noch mehr Geld erhält, beibehält.

Weshalb wir trotzdem dagegen sind, ist eigentlich die Tatsache, dass der Nebeneffekt dieser Änderung auch etwas sonderbar ist.

Wenn man beispielsweise einen Theaterproduzenten nehmen würde, der bis dato 225 Veranstaltungen machen musste, um die Grundpauschale und den Zusatzbetrag zu erhalten, d.h. insgesamt ca. 360 000 Euro, so muss er heute nach den Änderungen, die jetzt im Programmdekret vorliegen, nur noch 120 Veranstaltungen nachweisen. Man muss vielleicht noch anmerken, dass die Veranstalter betont haben, dass durch diese Änderungen der Druck rausgenommen werde, was wir durchaus begrüßen. Aber wenn ich das auf die Arbeitswelt übertrage, dann wäre das so, als ob ich zu meinem Chef ginge und sagte, dass ich zu viel Druck auf der Arbeit hätte und ob ich nicht halbtags für den gleichen Lohn kommen könnte.

Das ist zwar überspitzt dargestellt, aber so ein bisschen geht mir diese Änderung in die falsche Richtung. Natürlich sitzen die Veranstalter und Produzenten irgendwo in der Zwickmühle, denn weniger möchte kein Akteur erhalten, aber das hätte man sich schon vorher überlegen müssen, doch leider sind unsere diesbezüglichen Bedenken ignoriert worden. Deshalb können wir das so nicht mittragen.

Es ist auch interessant, was die Akteure bei der Anhörung hier im Haus sagten. So wurde Folgendes angemerkt: „Es soll nicht dazu beitragen, dass wir einschlafen. Es liegt an uns, was damit gemacht wird.“

Ich komme zu einem zweiten Zitat aus meiner Rede vom November 2013. Das ist auch die Linie, die wir weiterverfolgen:

„In erster Linie sollte die öffentliche Hand die Amateurkultur fördern. In Anlehnung an den „Breitensport“, möchte ich das hier als „die Breitenkultur“ bezeichnen. Die Bürger sollen einen Rahmen geboten bekommen, der ihnen ermöglicht, den unterschiedlichsten Aktivitäten nachzugehen und sich dort zu entfalten. Dort sollte weniger die Leistung als der Spaß und die Er-

Fraktion im PDG V.o.G.

füllung im Vordergrund stehen. Kulturschaffende, die eine professionelle Ausrichtung anstreben, sollten das tun können. Der Staat sollte sich da aber in der finanziellen Unterstützung zurückhalten.“

Wir sind also nicht gegen die Unterstützung für die Kulturschaffenden und auch nicht dafür, dass Geld in die Hand genommen wird; wir stehen nur für eine andere Verteilung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alain Mertes

Vivant-Fraktion im PDG